



Bezugspreis in Breslau bei Abholung in den Geschäftsstellen vierteljährlich 17,50 Mk., monatlich 6,25 Mk.; frei ins Haus vierteljährlich 18,50 Mk., monatlich 6,50 Mk.; frei ins Haus vierteljährlich 19,50 Mk., monatlich 6,50 Mk.; hierzu entprech. Postgebühren. Abonnement in den Geschäftsstellen 1,40 Mk., frei ins Haus 1,55 Mk.

Breslau, Montag, 22. März 1920.

Einschlagsgebühr für den 1. Post. Raum in 10 Minuten 1,20 Mk. (Mehrfach 1,80 Mk.), in 20 Minuten 2,40 Mk. (Mehrfach 3,60 Mk.), in 30 Minuten 3,60 Mk. (Mehrfach 5,40 Mk.), in 40 Minuten 4,80 Mk. (Mehrfach 7,20 Mk.), in 50 Minuten 6,00 Mk. (Mehrfach 9,00 Mk.), in 60 Minuten 7,20 Mk. (Mehrfach 10,80 Mk.), in 70 Minuten 8,40 Mk. (Mehrfach 12,60 Mk.), in 80 Minuten 9,60 Mk. (Mehrfach 14,40 Mk.), in 90 Minuten 10,80 Mk. (Mehrfach 16,20 Mk.), in 100 Minuten 12,00 Mk. (Mehrfach 18,00 Mk.).

Druckerei: Dr. Richard Schmidt, Fernsprecher der Redaktion Ring Nr. 2831, 5723 und 540 (letzte nur für den Stadtverkehr), der Druckerei Ring Nr. 4418, 4419 und 4420 (letzte nur für den Stadtverkehr), der Druckerei Ring Nr. 4418, 4419 und 4420 (letzte nur für den Stadtverkehr), der Druckerei Ring Nr. 4418, 4419 und 4420 (letzte nur für den Stadtverkehr).

Auf dem Wege zu Ruhe und Ordnung.

Die Entwicklung in Berlin und im Reich.

SS Berlin, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) In Berlin ist der Generalstreik zwar durch die Generalgewerkschaftskommission und die Berliner Gewerkschaftskommission aufgehoben worden. Doch erklärt eine Streikzentrale, die gewisse radikale Kreise der Arbeiterschaft hinter sich hat, die Angelegenheit noch nicht als erledigt. Sie will erst am Montag in weiteren Versammlungen Beschluß darüber herbeiführen. Man erwartet seitens der Regierung, daß der größere Teil der Arbeiter bereits Montag die Arbeit wieder aufnehmen wird. Zeitungen waren Sonntag noch nicht erschienen. Auch Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn waren nicht im Betrieb. Die Postämter hatten zum Teil den Betrieb heute wieder aufgenommen. Am Montag soll der Fernverkehr der Bahnen nach dem Osten wieder in Gang kommen. Die letzten Teile der sogenannten Volkstruppen sind am Sonntag aus Berlin zunächst nach Koblenz abgerückt. In verschiedenen Teilen der Umgegend von Berlin ist es zu Zusammenstößen mit mehr oder minder großen Truppen bewaffneter Arbeiter gekommen. In Adlershof haben am Sonntag bewaffnete aufständische Arbeiter eine Abteilung von Reichswehrsoldaten überwältigt und ihre Offiziere nach Meldung der militärischen Stellen in bestialischer Weise ermordet; ein ähnliches Vorgehen gegen Offiziere wird auch aus anderen Teilen des Reiches berichtet.

Im Reich ist an verschiedenen Stellen wohl eine Besserung eingetreten. Aber namentlich im Rheinland und in Westfalen ist die Lage noch außerordentlich ernst. Die Regierungstruppen haben vor den aufständischen Arbeitern weiter zurückgehen müssen. Aus unabhängiger Quelle wird berichtet, die Korps Württemberg und Ostpreußen seien geschlagen und ausserhalb. Es herrschen dort offenkundig so gut wie bolschewistische Zustände. Düsseldorf soll von kommunistischen Banden besetzt worden sein. — In Leipzig ist Ruhe eingetreten, nachdem bei den vorausgehenden Kämpfen mehrere Häuser zerstört und größere Brände entstanden waren. In Halle ist die Lage noch ernst. In Dresden herrscht Ruhe. In Schleswig-Holstein werden Verhandlungen erwartet. Weitere Fortschritte macht die aufständische Bewegung auf dem Lande in Pommern und in Mecklenburg. Tagesgen scheint in Stettin eine Besserung eingetreten. Die Arbeiter der Vulkanwerke haben die Werkzeuge freigegeben und die Waffen abgeliefert. Aus Ostpreußen, woher in der letzten Zeit keine Nachrichten gekommen sind, wird jetzt berichtet, daß die Lage im allgemeinen ruhig sei.

Reichsfanzler Bauer hat in einer sehr scharf gehaltenen Rede in der Nationalversammlung in Stuttgart angekündigt, daß die Reichsregierung ein Gesetz über die Wahrung des Vermögens der Selbstbehelfer der Rapp und Litwisch einbringen werde. Er hat dabei insbesondere vom kommunistischen Landbunde und den feudalen und deutschnationalen Selbstbehelfern gesprochen.

Nachrichten aus dem Reich.

Sagen i. W., 21. März. Die drei sozialistischen Parteien des Industriegebietes richteten an die Nationalversammlung eine Drohung, in der es heißt: Die drei sozialistischen Parteien des Industriegebietes stellen sich einmütig auf den Standpunkt, daß alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um die Reaktion niederzuschlagen. In keiner Weise können sie dem General Watter Vertrauen entgegenbringen, der als reaktionärer monarchistischer Offizier die Arbeiter zur Abgabe der Waffen aufgefordert hat, aber das Bataillon Schütz, das auf dem Boden der Regierung Rapp steht, nicht entlassen hat. Wir verlangen die sofortige Einstellung der Truppenbewegung, da wir sonst gezwungen sind, in berechtigter Abwehr zum Angriff zu schreiten. Die Konferenz schied einmütig die Einführung der Nationalfahne ab und stellt sich in ihrem Vorgehen auf durchwegs legalen Boden.

Im Industriegebiet herrscht größte Ruhe und Ordnung. Die Arbeit wurde mit Ausnahme der unter Waffen stehenden Arbeiter voll aufgenommen.

Magdeburg, 21. März. Die Streiklage ist noch ungesichert. Die Großbetriebe ruhen. Der Straßenbahnverkehr wird durch Streikende gestört. Der Eisenbahnverkehr ist noch sehr beschränkt.

Galle a. Saale, 21. März. Die Lage hat sich hier bedeutend verschlechtert. Während des gestrigen Tages und nachts kam es zu lebhaften Kämpfen zwischen Truppen und bewaffneten Arbeitern. Die Stadt Halle soll ziemlich von Arbeitern eingeschlossen sein.

Leipzig, 21. März. Nach dem amtlichen Bericht sind abgesehen von Plünderungen der Lebensmittel- und Speisekammer am Preussischen Kreisbahnhofs, der Sonnabend keine Unruhen vorgekommen. Der kommunistische Parteitag, der die Rottweilstraße zwischen den beiden höchsten inneren Ecktürmen einbezog, an der Westfront verließ die Aufständischen keine ihrer Stellungen. Streiktruppen sind aus dem bisher gehaltenen inneren Stadtring nach allen Seiten der einzelnen Ecktürme vorgetrieben worden, teilweise ist die Frontenabgabe erfolgt. Es hat jedoch auch ein Abtransport von Waffen nach anderen Stationen stattgefunden. Andererseits wurden erneut bewaffnete Gruppen, Abteilungen in der Gegend des ehemaligen Volkshauses und neu eingelegte Polizeieinheiten in die Straßen geschickt. Weitere Verhandlungen sind im Laufe des Tages eingebracht. Ein Nachschub an der Wohnung des Leiters der technischen Abteilung verließ ohne Ergebnis. Der Eisenbahnverkehr im Industriegebiet ist heute vormittag wieder in vollem Umfang wieder aufgenommen worden.

An die schlesische Bevölkerung.

Der Reichspräsident hat mich zum militärischen Befehlshaber Schlesiens ernannt.

In erster Stunde trete ich mein verantwortungsvolles Amt an. Heftige Stürme durchbrausen von neuem unser armes Land und bedrohen den friedlichen Fortgang unseres Volkslebens. Schlesien, umgeben fast auf allen Seiten von mißgünstigen Nachbarn, ist besonders gefährdet und bedarf daher in erster Linie der Ruhe und Einigkeit. Hierfür in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden mich einzusetzen, erachte ich für meine erste Pflicht. Ich bin mir bewußt, daß ich dieser Aufgabe nicht ohne die volle Mitwirkung der Bevölkerung gerecht werden kann. Aus dieser Auffassung heraus habe ich in meinen bisherigen Befehlshabern die enge Zusammenarbeit mit der Bevölkerung stets oben an gestellt. In gleichem Sinne werde ich auch hier handeln. Ich bitte daher die schlesische Bevölkerung um einmütige, vertrauensvolle Unterstützung.

Einigkeit zwischen Bevölkerung und Truppe ist Gebot der Stunde! Verlassen wir daher die letzte Vergangenheit zu begraben. Der Reichswehrmann unter meiner Führung und damit die Truppe wird jeglicher Politik fernstehen, lediglich der Pflicht leben: Die Arbeit und das Erwerbsleben der Bevölkerung — jedes Berufes und jeder Konfession — zu schützen und ihr Fort der Ruhe und Ordnung zu sein. In diesem Sinne bitte ich allseitig Vertrauen zu mir zu haben.

Der Militärbefehlshaber:
Lequis, Generalleutnant.

In Bielefeld ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. In Bielefeld herrscht Ruhe. In Bielefeld sind die Demonstrationen aus dem Aktionsauschuß ausgetreten. Die Beamten wollen streiken, falls die Republik ausgerufen wird. Arbeitswillige werden von den Kommunisten an der Aufnahme der Arbeit gehindert.

Münster, 18. März. Nachts versuchte eine Bande die Eisenbahnbrücke am Bahnhof Holtenauerstraße zu überqueren. Es entstand Feuergefecht. Zwei Mann der Wehr wurden getötet. Die Sicherheitswehr verhaftete die Mitglieder der Bande.

Stettin, 20. März. Die Marinebrigade Loewenfeld hat in vergangener Nacht die Kasernen in Stettin verlassen und sich über die Hochründe bei Hohenau nach Norden zurückgezogen. Bei dem Ausrücken kam es zu Zusammenstößen mit bewaffneten Arbeitern, welche die Umgegend besetzt hielten.

Stettin, 20. März. Generalleutnant von Vermuth ist seines Amtes als Kommandierender des Bezirkskommandos II entbunden worden. Zu seinem Nachfolger wurde General Weckmann ernannt. Die in die Stadt vorgeschobenen Truppen werden zurückgezogen. Der Aktionsauschuß beider sozialistischen Parteien übernimmt es, für die Ordnung zu sorgen. Der Generalstreik geht weiter.

Rönigsberg, 20. März. Heute vormittag wurden der Hauptkassierer der „Ostpreussischen Zeitung“, Eduard Penzel, sowie dessen Stellvertreter, Paul Schür, und der für die innere Politik verantwortliche Professor Rahn in Haft genommen, wie verlautet, unter dem Verdacht des Hochverrats.

Rönigsberg, 21. März. Hier kam es gestern auf dem Schloßplatz zu einer Schießerei, bei der 8 Personen verletzt wurden. Zwei von ihnen sind inzwischen gestorben.

Einberufung der Preussischen Landesversammlung.

Berlin, 21. März. Die Preussische Landesversammlung ist auf den 25. März nach Berlin einberufen.

Ebert über die Lage.

Stuttgart, 21. März. Reichspräsident Ebert gewährte einem Vertreter der Schweizerischen Depeschagentur eine Unterredung, in der er u. a. sagte, der Vord der ordnungsliebenden Mitte wurde durch die letzten Ereignisse zusammengebrochen. Zu ihm stehen auch Teile der unabhängigen Arbeiterschaft und selbst der Deutschen Volkspartei. Auf der Grundlage der neu gebildeten Truppen wird die Reichswehr neu geordnet. Alle Offiziere, die auf Seiten Rapp standen, oder deren Loyalität irgendwie zu bezweifeln ist, werden rückfälliges ernannt. Wer es künftig von rechts her wagen sollte, gegen die verfassungsmäßige Ordnung anzutreten, wird in sein Unglück laufen. Ebenso entschieden wird sich die Regierung gegen Elemente stellen, die von links her es unternehmen wollen, die ruhige Entwicklung und Sicherheit in Deutschland zu stören. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unseres Volkes bilden naturgemäß einen starken Gärungsstoff. Darin liegt ein Element der Unruhe. Starke Vereinfachung ist deshalb geboten. Soweit die alliierten Mächte ein Interesse daran haben, daß Deutschland den Friedensvertrag erfüllt, müssen sie daran denken, im Punkte der Heeresstärke gewisse Konzeptionen zu machen.

Berlin, 21. März. In einer Erklärung stellt der preussische Ministerpräsident fest, daß die Einwohnerwehren von ihm eingerichtete Selbstschutzverbände zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung seien. Sie seien nach wie vor einmütig hinter der verfassungsmäßigen Regierung. Er schließt alle Behörden, allen sozialen Verhältnissen über die Einwohnerwehren entgegenzutreten. Die Einwohnerwehren seien in Verbindung mit Reichswehr und Sicherheitspolizei als einzige Mittel zur Bekämpfung des Bolschewismus (März 1920). Sie müßten daher mit allen Mitteln unterstützt werden, nicht aus parteipolitischen Gründen in ihre Tätigkeit behindert werden.

Zur Lage in Breslau.

Im Anschluß an die Vorgänge der letzten Woche ist von den radikalen Elementen die Entfernung der „reaktionären“ Beamten verlangt worden. Diesem Drängen von links ist zum Teil bereits nachgegeben worden. Oberpräsidentrat Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Schimmelpenninck ist seit Sonntag abends beurlaubt. Bei der Eisenbahndirektion ist Präsident Galle in Urlaub gegangen und Oberregierungsrat Melchers beurlaubt.

Unter halslosen Beschuldigungen sind ferner verschiedene Verhaftungen erfolgt. Zu den Opfern des Denunziantentums gehört der Direktor der Technischen Hochschule Professor Dr.-Ing. Geinert, dem man gar „Hochverrat“ vorwirft. Die Denunzianten haben sich aber bloß blamiert. Bei seiner am Sonntag vorgenommenen mehrstündigen Vernehmung vor dem Ermittlungsrichter des Amtsgerichts und der daran anschließenden Zeugenvernehmung ergab sich die Galtlosigkeit der gegen ihn erhobenen Verdächtigungen, so daß der Richter die sofortige Freilassung des Verhafteten verfügte.

Vom Generalkommando wird uns zu diesem Falle folgendes mitgeteilt:

„In der Nacht über Verhaftung des Direktors Geinert von der Technischen Hochschule, die mehrere Breslauer Blätter gebracht haben, ist zur Nichtstellung folgendes zu bemerken: Direktor Geinert ist nicht Organisations- und Leiter der Reichswehr, sondern ein gewöhnlicher Beamter. Bei dem System der Reichswehr handelt es sich um eine Einrichtung der Regierung, die für den Fall des Eintretens außerordentlicher Ereignisse vorgesehen ist. Das Aufheben der Reichswehr ist eine bestimmte Bestimmung, durch den hiesigen Militärbefehlshaber. Direktor Geinert ist mithin für den Aufbruch der Reichswehr nicht verantwortlich.“

Der Vollzugsausschuß der Linken.

In den von den radikalen Parteien unter Beteiligung von Demokraten gebildeten „Vollzugsausschuß“ sollte, wie die „Bresl. Rta.“ berichtet, auch das Zentrum zwei Mitglieder schicken. Diese Mitteilung entspricht nach einer in der „Schles. Volksztg.“ veröffentlichten Erklärung der Breslauer Zentrumspartei nicht den Tatsachen. In der Erklärung heißt es: „Seine Persönlichkeit seitens des Breslauer Zentrums hat bei der Bildung des Vollzugsausschusses mitgewirkt; es ist überhaupt an das Zentrum ein Ersuchen, sich zu beteiligen, nicht gestellt worden.“

Tendenziöse Gerüchte.

In den späten Abendstunden des Sonnabends wurden Klugzetteln der unabhängigen „Schles. Arbeiterzeitung“ verteilt, auf welchen mitgeteilt wurde, daß ihr Redakteur Bernhard Schottlaender am 15. d. M. von Truppen des Freikorps Aulod verhaftet und nach Carlshaus gebracht worden, dort aber nicht eingetroffen sei. Für die Wiedererlangung des Vermissten werden von der „Arbeiterzeitung“, der U. S. P. D. und der Mutter Schottlaenders hohe Belohnungen ausgesetzt. Mit der ganzen Angelegenheit hat aber das Freikorps Aulod nichts das geringste zu tun. Auch das Generalkommando weiß die Gerüchte, die das Generalkommando mit diesem Fall in Verbindung bringen, als unwarhaft zurück, indem es uns folgendes mitteilt:

Über den Verbleib des Redakteurs der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ Schottlaender, der am 15. d. M. verhaftet worden ist, laufen die verschiedensten Gerüchte. Schottlaender soll in der Nacht vom 15. zum 16. d. M. auf Befehl des Generalkommandos aus dem Gefängnis Carlshaus abgeholt und nach einigen Nachrichten zum Generalkommando und von dort nach Carlshaus gebracht, nach anderen Mitteilungen vom Gefängnis unmittelbar nach Carlshaus transportiert worden sein. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß vom Generalkommando niemals ein Befehl zur Überführung des Schottlaender zum Generalkommando nach Carlshaus oder Carlshaus gegeben worden ist. Sollte ein dergleichen Befehl, wie er bisher nur in der Abschrift bekannt gegeben werden konnte, existieren, so ist er gefälscht. Nach erfolgter Verhaftung ist für die Unterbringung, Vernehmung usw. der Schottlaender die örtliche oberste Militärbehörde zuständig, für Breslau also die Kommandantur. Ein Befehl über anderweitige Unterbringung des Schottlaender innerhalb von Breslau würde daher niemals vom Generalkommando aus gegeben sein können. Zur Klärung der Angelegenheit hat das Generalkommando sofort ein gerichtliches Verfahren eingeleitet und die größte Beschleunigung desselben angeordnet.

Die Freikorps.

Das Generalkommando teilt mit: Vielfach wird in den letzten Tagen die Nachricht verbreitet, daß die Freikorps neuerlich Aufbruch zur Annahme von Freiwilligen erließen. Demgegenüber sei festgestellt, daß in den letzten Tagen derartige Aufbrüche von den Freikorps nicht in die Öffentlichkeit gegeben sind, ihre Verbreitung auch vom Generalkommando verboten ist.

Die Zwischenfälle am Donnerstag.

Das Generalkommando teilt mit: Die Zwischenfälle bei dem Abmarsch der Truppe am Donnerstag den 18. d. M., über welche die hiesigen Tageszeitungen Meldungen verschiedener Art verbreiteten, ohne daß dadurch die Tatsachen richtig gestellt werden konnten, werden selbstverständlich im Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens über dessen Ergebnis die Öffentlichkeit schnellstens unterrichtet wird. Auch wird gegen Militärpersonen, die sich während der kritischen Tage in Breslau Ausschreitungen irgend welcher Art gegen Personen oder Eigentum haben zu lassen kommen lassen, von den militärischen Behörden scharfe Unterbindung und Verhinderung eintreten, sobald mit Tatsachen begründete Anklagen erhoben werden.

w. In einer Unterredung mit einem Korrespondenten des „Matin“ sagte Noke, daß der Widerstand, den das deutsche Volk gegen den kaiserlichen Staatsstreich an den Tag gelegt habe, der beste Beweis sei für das tief eingemurzelte demokratische Gefühl des deutschen Volkes. Als erster Grund des Staatsstreiches sei anzunehmen, daß durch die schnelle Entloosung des deutschen Volkes eine große Anzahl Soldaten und Offiziere nutzlos geworden sei denen nichts anderes übrig blieb, als eine militärische Regierung zu bilden, um wieder in ihre Stellungen zu kommen. Noke gab seiner größten Aufrechtenheit über die Reichswehr Ausdruck, die immer mehr für die demokratische Sache gewonnen würde. Er brüllte den Wunsch aus, daß die Militären von jetzt ab nicht so streng gegen die deutsche Republik vorgehen möchten, da dies nur dem Rückschritt neue Begründungen in die Hände spiele.

Berlin, 20. März. Minister Heine hat, wie schon kurz gemeldet, am Mittwoch abends nach seiner Rückkehr aus Stuttgart dem vormaligen Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch mit der Bitte um sofortige Beurlaubung überreicht. Dieser Bitte konnte wegen des Standes der Geschäfte nicht entsprochen werden. Minister Heine hat auch dem Präsidenten der Landesversammlung, Leinert, zur Beendigung des Landesauschusses von seinem Gehirle Abschied gegeben.

Berlin, 21. März. Der Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin hat der deutschen Regierung gegenüber seine Genugthuung über die jüngst erfolgte Festsetzung der militärischen Elemente und die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände Ausdruck gegeben. Er ist überzeugt, daß die öffentliche Meinung in Amerika alle Versuche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, die darauf abzielen, geordnete Zustände zu durchbrechen, aufs schärfste mißbilligen würde. Gewaltthaten oder Bestrebungen, eine Staatsumwälzung durch ungesetzliche Mittel herbeizuführen, würden dazu beitragen, die Wiederaufnahme guter Beziehungen mit den Vereinigten Staaten aufs schärfste zu gefährden. Solche Handlungen würden auch auf das erste die Lebensmittelversorgung Deutschlands und die Verbesserung der gegenwärtig ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse durchkreuzen.

Amerika gegen die Beschlüsse der Niedergutmachungs-Kommission.

w. Die Kopenhagener „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Die Vereinigten Staaten haben die Schwedische Regierung um andere neutrale Staaten aufgefordert, mit den Vereinigten Staaten zusammenzugehen in der Bestrebung, die erforderlichen Geldmittel auszugeben, um Zentraleuropa Lebensmittel und Rohstoffe zu beschaffen.

w. Das neue ungarische Kabinett Simonfi Semadam hat sich der Nationalversammlung vorgestellt. Der Ministerpräsident betonte, der Wiederaufbau der Gegend könne nur auf wirtschaftl.

Amsterdam, 19. März. Blo der „Telegraaf“ aus London meldet, daß Lord George in seiner mit Spannung erwarteten politischen Rede in einer Versammlung von ungefähr 140 liberalen Abgeordneten, die ihn stürmisch begrüßten, erklärte, er denke nicht daran, rechts oder links zu schwenken, sondern werde dem liberalen Grundsatze treu bleiben. Er werde sich auch bei

[illegible]

Schleffischer Fischereiverein.

Danach hat sich in den Verhältnissen der Fluß- und Seefischerei seit dem Herbst nichts geändert. In der Teichfischerei geherrschte das unangenehme Wetter nur die allerunmöglichen Arbeiten, so daß die verkommenen Teiche in ihrem schlechten Zustande in das neue Betriebsjahr hineingehen. Die Preise für Besaßfische sind den hohen Preisen der Speisefische gefolgt und haben sie sogar zum Teil weitestlich überbritten. In Oberschlesien sollen für den Berliner zweifährigen Karpfen 850 Mark und darüber gezahlt worden, ein Fuchter soll sogar mehr als 1200 Mark gefordert haben. Der Berichterstatter bemerkt hierzu, daß dem, der solche Preise für Besaßfische zahlen, recht schade, wenn er an seiner Teichwirtschaft Geld zusetzt. Einkommene Karpfen erreichen Preise bis zu einer Mark das Stüd und darüber. Auch dieser Preis läßt für den Fischer kaum einen Gewinn bei der nächstjährigen Ernte erwarten, mag er nicht wiederum hohe Preise für Speisefische gezahlt würden. Solchen sind fast nicht zu haben. An Besatz wurde verteilt: 40 000 Bachforelle, 91 800 Stüd Bachforellenbrut, 225 Bachforellensaugen, 500 einkommene Karpfen, 480 Besaßschleien und 11200 Heisgaale, im Ganzen für rund 3000 Mark. Der Gesellschaftlicher wurde vielfach von Teichwirten als Sachverständiger bei Angelegenheiten von Teichen zugezogen, denn es macht sich eine starke Meinung bemerkbar, bestehende Teichwirtschaften zu erweitern, und außerdem sind die Teichwirte bestrebt, ihre Teiche und die Besaßweise noch neueren Gesichtspunkten zu verbessern. Ferner wurde der Gesellschaftlicher wieder einmal zur Erzielung von Abweichendem Unterricht im Schweidnitzer Seminar für Landwirte herangezogen. Obgleich wurde zum ersten Male nach dem Kriege wieder ein Fischerei-Lehrgang in Breslau abgehalten. Im kommenden Herbst soll ein teichwirtschaftlicher Lehrgang stattfinden.

Nach erfolgter Rechnungslegung wurde dem Geschäftsführer Entlassung erteilt. Der bisherige erste Vorsitzende Graf von der Rede von Volmerstein-Schalch wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt, der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Banquier Herr E. E. Lucas, aus dem ersten Vorsitzenden gewählt, und Bürgermeister Carl Casper in Breslau in den Vorstand zugewählt. Zu Vertretern des Vereins beim Deutschen Föderalrat wurden E. E. Lucas und Dr. Meßner wiedergewählt.

Befehung der Doppelner „Herberge zur Heimat“.

L. In Oppeln wurde am 15. d. M. öffentlich, ohne vorherige Verhandlung mit dem Vorstande aber auch nur Anzeige bei ihm, die Feldberge zur Seimat mit ständischen Belastungen belegt und mußte an der Stelle geräumt werden. Alle sonst unterkommenen Vorstellungen haben nichts gedurftet. Die Feldberge selbst ist als auf weiteres unmöglich; den Seimat. Was ist die Zukunft, die ihnen über ein halbes Jahrhundert hinweg die ständische Belastung geboten war, verschlossen. Die Seimatvereine sind ihrer überaus notwendigen Versammlung. Und zwar, der Vorname allchristlichen Gemeinde der Raum für die Seimatlinge entgegen.

» Zwischen Oberst Blanchard und Vertretern der freien Gewerkschaften fand, wie der sozialdemokratische «Volkswille» berichtet, am Mittwoch in Rattowis eine Versprechung über die Frage des Versammlungsrechtes statt. Oberst Blanchard erklärte, daß für seinen Regie die Gewerkschaften keinerlei Versammlungsbeschränkungen, auch nicht bei Streiks unterlägen. Die Heilensweise aufgefaßte Ansicht, daß die Versammlungsbeschränkung Streiks verbiete, sei unrichtig; sie betrafte die Lohnkämpfe als Angelegenheiten, die nur die Arbeiter und Arbeitgeber angingen. Ebenso hätten sie gegen die Wahlen zu den Betriebsräten nichts einzuwenden.

Eine Landesgruppe Schlefien des Deutschen Heimatbundes Völkischer Willkür ist ins Leben gerufen worden. Sie hat ihren Sitz in Breslau, und sämtliche schlesischen Ortsgruppen des deutschen Heimatbundes sind ihr angeschlossen. Den Vorsitz führt Generalmajor a. D. v. Borckwetter in Breslau. Alle Vereine, die deutsche ostmärkische Aufgaben zu erfüllen bestraft sind, auch ostmärkische Geselligkeitsvereine, werden aufgefordert, sich mit der Landesgruppe Schlefien in gemeinsamer Arbeit in Verbindung zu setzen. Die Selbstständigkeit jedes angeschlossenen Vereins bleibt gewahrt, nur soll eine einheitliche Front hergestellt werden, damit in Gegeneinanderarbeiten vermieden wird. Auch die Vereinigung Westpreußen wollen sich mit dieser Landesgruppe in Verbindung setzen. Der Deutsche Heimatbund hat mit dem Deutschen Volksrat für Westpreußen eine Interessengemeinschaft gebildet. Die Gründung des Landesverbundes Schlefien bedeutet eine kräftige Stärkung des ostmärkischen Deutschtums.

Die Mitglieder des Breslauer Orchestervereins haben den Magistrat eine Eingabe gerichtet, die nachfolgenden Inhalt hat: Die Beihilfe für den Orchesterverein von 100000 auf 80000 Mark herabzusetzen. Die Eingabe weist auf die jetzt bestehende Minderungsrate der Mitglieder des Orchestervereins hin. Weiter heißt es:

Wir sehen hier (da eine Erhöhung des bleibenden Nädtilche
Buthilica wohl überhaupt nicht in Frage kommt) nur eine

Ausweg, und wir bitten den hohen Magistrat, unseren Vorschlag zu prüfen; wir bitten, beraten zu wollen: ob es möglich wäre, unser Orchester, ähnlich wie das des Stadttheaters, in städtische Verwaltung zu übernehmen, und zwar unter der für beide Orchester festzulegenden Bedingung, bei früheren Veranstaltungen sich gegenseitig kostenlos zu verstärken, wodurch die in solchen Fällen sehr erheblichen Ausgaben beiden Instituten erspart würden. Wir bitten weiter die Möglichkeit zu erwägen, wie sich beide Orchester selbst erhalten, ja vielleicht sogar es zu einem Ueberschuß bringen könnten. Solche Möglichkeiten gibt es viel; an Vorschlägen hierzu soll es von uns nicht fehlen. Zum Schluß sei uns noch gestattet auszusprechen, daß nach unserer Ansicht es als ein großes Mißverhältnis bezeichnet werden dürfte, wenn auf der einen Seite die Stadt für die Vorsehung der städtischen Angelegenheiten und Arbeiter viele Millionen aufbringen muß und auch aufträgt, auf der anderen Seite aber aus engem Sparkassetteinnahme das erste Kunstinstitut der Stadt gefährdet und damit fünftausend Musikerfamilien in größte Noth bringt. Gerade Breslau als Mittelpunkt des Ostens, sollte den Wert und die Bedeutung guter Orchestermusik für die nächste Zukunft nicht unterschätzen.

* Verliehen das Eiserne Kreuz 2. Klasse am weißen Bande dem Sanitätsrat Dr. Hartmann, leitender Arzt der Abteilung für Oden, Nasen und Halskrankheiten am Krankenhaus Bethesda in Breslau und dem Bahnarzt Dr. Kosner, welcher längere Zeit die Leitung der Station für Lieferverkeftr inne hatte.

* Das Eiserne Kreuz am weißen Bande ist dem Sanitätsrat Dr. Mah, Brindlarzt am Krankenhaus der Elisabethinen in Breslau, verliehen worden.

Unterstützt, n. Zur Erlangung der medizinischen Doktorwürde
veröffentlichten ihre Inaugural-Dissertation: der Arzt Ludwig
Strauß aus Schwerin (Mecklenburg), der Arzt Johann
Schwabe aus Seefeld (Westpreußen). Zur Erlangung der philo-
sophischen Doktorwürde veröffentlichten ihre Inaugural-Dissi-
ertation: Herbert Brunsow aus Glatz, Wilhelm Gilscher
aus Breslau.

[illegible]

— Der für den 22. März angekündigte Familienabend der
Deutschen nationalen Volkspartei, Stadtbezirk Schmieding, findet nicht
statt.

Die Schillerische Gesellschaft für unterländische Kultur hält ihre Hauptversammlung am Montag, den 22. März, abends 7½ Uhr, im Gesellschaftsbanke, Matthäuskunst, ab. Auf der Tagesordnung steht die Erstk Wahl für ein Mitglied des Verwaltungsausschusses.

— Der Sieberabend Ella Steiner muß wegen Reisezwängen
feil verschoben werden.

— Am Johannes-Gymnasium fand am 18. und 19. d. M. die
Reifeprüfung unter dem Vorsitz des Direktors
Dr. Gabriel statt. Von 24 Abiturienten bestanden 23, 8 unter
Befreiung von der mündlichen Prüfung.

[Landwirtschaftlicher Verein zu Breslau.] Der Vorstand des Vereins hat sich genötigt gesehen, in Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse die für Dienstag, den 28. März, in Aussicht genommenen Generalversammlung des Vereins bis auf weiteres zu verschieben. Die nächste Generalversammlung wird voraussichtlich und ausnahmsweise Ende Mai stattfinden.

[Vaterländischer Frauenverein.] **Δ** Landesgut, 17. März. Anlässlich des 50jährigen Bestehens des hiesigen Zweigvereins des Vaterländischen Frauenvereins wurde heute Nachmittag in der Aula des Realgymnasiums eine Festkündigung abgehalten. Der Vorstandsstich war mit blühenden Topfblumen geschmückt. Der Schriftführer, Realgymnasial-Belehrter **K o t h** erstattete den Festbericht über die 50jährige Tätigkeit des vielen Jahren von Frau Superintendent **K o e r s t e r** geleiteten Vereins, der sich aus kleinen Anfängen heraus zu einer der größten Teile des Kreises umspannenden Organisation entwickelte. **D r. M a l l a c h o w** vom Kreiswohlfahrtsamt überbrachte die Glückwünsche der Kreisbehörden. Ferner lasen Glückwunschschreiben vor vom Vorstand des Provinzialvereins und von der Ortsgruppe Gafelbach. Der **Schammeier**, Kaufmann **A. F i n k**, erstattete denassenbericht. Der langjährige Schriftmeister, Kaufmann **A b e r l e**, wurde unter Überreichung eines Ehren Diploms zum Ehrenmitgliede ernannt. Der bisherige Vorstand **K u r d** wiederum Ehrenmitglied.

[Vom Markte.] A Im Laufe der vorigen Woche sind die Ma die sen um 10 Pf. für das Bund billiger geworden. Rhne sind als junge Gemüse Eber rben und Kossalat gelola aber sie lassen sich ihr eries Auftreten so hoch bezahlen, wie er nur ganz anbruchslos „Grden“ moagen. Ein Bnndchen Eber rben, ganze fünf Etsid, kostet 3 M., und ein winiges Kopsfäe Salat mit ein paar Wurzeln 1.80 bis 1.50 M. Mit diesen ein heimisches Gartenerzeugnisse weitteiren die holländische Gemü e im Preise. Dr. Schwarzwurzeln sind von 2.50 auf 3 M. für das Bund gestiegen, M habarber, der ein paar Tage schon mit 2.50 M. verkauft werden konnte, ist wieder um 2.50 M. hinaufgegangen, Rottant kostet 2 M., Weiß- und Welschraut dementsprechend. Spina war lange Zeit nicht vertreten, doch ist er neuerdings zu haben, und zwar für 2 M. das Bund. Neben Erb- und Mohrrben gibt es besonders viel rote Rben, das Bund um 85 Pf., moagen die Zel tower Rben ganz fehlen. Meerettichwurzeln blieben bei dem Preise von 2.50 M., Peterfillenwurzeln

losten 1.50 bis 1.80 Mk., Steckwiebeln 8 Mk.; Speise-
wiebeln, die beim Lagern gelitten haben und in den Markt-
hallen ähnlichen dem tadellosen Gemüse keinen Platz beanspruchen
dürfen, werden im Sitzgenhandel losgeschlagen, wo sie tolgie
Abnehmer finden. Das Pfund Knoblauch stellt sich auf 5 Pf.,
das Bündchen grüne Petersilie auf 70 bis 80 Pf. Im all-
gemeinen gehen die alten Gemüsevorräte an Ende, eine ganze An-
zahl Händlerinnen hat den Verkauf überhaupt eingestellt oder die
Schwämme auf ihren Ständen mit Wasserum geschütt. — Die Zu-
führer von Seefischen sind ausgedörrt, in der Markthalle am
Mitterplatz gab es einen kleinen Resten Stabellau und See-
hecht, der aber bald ausverkauft war.

rs. Köningshütte, 10. März. Die am Mittwoch abgehaltene Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung hatte sich wieder mit mehreren Anträgen der polnischen Fraktion zu beschäftigen. Bald am Beginn der Sitzung wurden von der polnischen Partei zwei Dringlichkeitsanträge eingebracht, von denen einer die Errichtung je einer polnischen Volksschule im nördlichen und südlichen Stadtteil, der andere die Gleichberechtigung der polnischen Sprache mit der deutschen Sprache in den städtischen Büros und im öffentlichen Leben (Anordnung von Straßenschildern in polnischer Sprache uim.) betraf. Die Dringlichkeit beider Anträge wurde von der Versammlung anerkannt. Bei der Verhelfassung über die Errichtung von drei neuen Klassen und Ueinstellung von drei neuen Lehrkräften am städtischen Lyzeum wurde von polnischer Seite der Antrag gestellt, nur solche Lehrkräfte anzuirellen, die auch in der Lage sind, den Unterricht in polnischer Sprache zu erteilen. Dieser Zusatzantrag wurde von der Versammlung angenommen. — Die Verpfeisungsforderungen für Polizeigefangene sind von 90 Pf. pro Tag auf 1.20 Mk. erhöht worden.

3. Brief, 19. März. In der letzten Stadtvorstandssitzung gab Stadtvord. v. Borst. Kommerzianten Wolf vor Eintritt in die Tagesordnung dem Bedauern Ausdruck, daß der am Sonntag nachmittags von Vertretern aller Parteien an die hiesige Einwohnerschaft gerichteten Aufforderung öffentliche Demonstrationen zu unterlassen, leider nicht nachgekommen worden ist. Infolgedessen ist am Montag hier etwas geschehen, was Brief bisher nicht erlebt hat. Mehrer behauptete die Opfer der blutigen Vorfälle, daß die betroffenen Angehörigen und hat alle Stadtvorordneten, dafür einzutreten, daß die Gemüter beruhigt werden. Der Veränderung der Gebührenordnung für die Verbrennung der Abfälle, welche die Leitung sowie der Änderung der Gebührenordnung der städtischen Gasanstalt bezüglich der Mieten für die Gasmesser, welche Änderungen für alle Wasser- und Gasmesser bestimmte Mieten vorsehen, wurde zugestimmt. Es erfolgte die Feststellung mehrerer Hausbaupläne. Um überzähligen sind beantragt für das Wasserwerk 28 000 Mk., für die Gasanstalt 116 000 Mk., für das Elektrizitätswerk 23 000 Mk., für die Fortifikation 85 500 Mk. Dagegen erfordern an Zuschüssen das Schauspielhaus 11 000 Mk., die Deantons, Witwen- und Waisenanstalt 72 000 Mk., das Armenwesen 169 120 Mk., die Kranke nstalt 45 000 Mk. und die Amaliche Fürsorgestelle für Kriegs verletzte und Hinterbliebene 8000 Mk. Bezüglich der Einrichtung der gewerblichen Fortbildungsschule wurde beschlossen, als Leiter einen im gewerblichen Schulwesen erfahrenen Fachmann im Hauptamt einzustellen. Die Fortbildungsschule wird zu Ober mit 8 bis 9 Klassen eröffnet werden, nach ihrer vollständigen Ausgestaltung aber 24 bis 27 Klassen zählen.

— **Kattibor, 18. März.** Vor dem Schwurgericht hatten sich zwei Mitglieder der Sajo-Brande, der 27jährige Benjamin Mions Weber aus Agnesbüttel, Kreis Weuthen, und der 27jährige Gubenarbeiter Josef Sein, wegen Mordes zu verurtheilen. Beide gehören zu den gefährlichsten Verbrechern in Oberfranken und haben in letzter Zeit bereits wegen Mordes bezw. Mordversuchs, Raubes usw. die schwersten Strafen ausdient erhalten; so ist Sein schon dreimal zum Tode verurtheilt. Diesmal waren die beiden beschuldigt, am 23. Juli v. A. in Lichinta, Kreis Hof, den 27jährigen Landwirtssohn Josef Leberich ermordet zu haben. Beide wurden schuldig gesprochen und zum Tode verurtheilt. Sein also zum vierten Male.

[Wreslauer Fußballspiele.] —ob.— Die Fußballkämpfe nahmen am gestrigen Sonntag in Mierken in der Biala-Klasse über all einen realen Verlauf. Auf dem Programm stand das Hauptereignis der zweiten Spielserie: Schlesien gegen Sportfreunde. Die Schlesier übernahmen in der ersten Hälfte durchwiegend die Führung. Blätsche gleich nach Halbzeit aus und stellte das Resultat auf 1:1. Beide Tore kommen noch bis Schluß der ersten in Gefahr, ohne daß ein Erfolg erzielt wird. Mit diesem Ergebnis ist die Mannschaft auf die Meisterschaft noch nicht entschieden, da die Sportfreunde noch zwei Spiele, die Schlesier noch eins auszutragen haben. Der Wreslauer Sportklub⁰⁸ erzielte einen 2:0 Erfolg gegen die mit Ersatz angetretenden Masenpieler. Fußballverein⁰⁸ sicherte sich mit einem 4:0 Siege die Punkte gegen den Sportverein⁰⁸. Wertha unterlag diesmal mit 4:2 gegen die Grünländer.

Fleisch- und Hypothek-Anstalten A.-G. Lauban. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlust-Rechnung befinden sich im Anzeigen-
weise. Eine Dividende gelangt nicht zur Verteilung.

Fortsch.berichts des Schiffsfahrvereins zu Breslau. Infolge der politischen Ereignisse der letzten Woche wurde der Betrieb auf der unteren Oder, im Oberpreussland und im Stettiner Hafen fast vollständig. Von Breslau aufwärts sind keine nennenswerthen Störungen zu melden. Der Ausbrennung in Teles-Hafen ist weiter gellungen, nur 2000 Tons. Rohen wurden in der letzten Woche und Esch. nach Breslau geschommen 119 Tons. Die Ladungsbewehrungen wurden: 14 Terte und 44 Delabene Alöhne zu Berg geschickt. Was die Flanke s. Stiller: am 14. S. 2,16 Meter, heute 2,44 Meter; Tiedelheit: am 14. S. + 1,75 Meter, heute + 2,75 Meter; Tiefe in Glat: am 12. S. + 0,6 Meter, am 18. S. + 0,80 Meter.

[illegible]

Gebräuchliche
Sulmina-Personenwagen
zu kaufen gesucht.
Angaben erbeten unter W. M. 845 an Rudolf Mosse,
Frankfurt.

**Ich kaufe in Wagganladungen ab jeder Station
aus kombinierter beladen:**
Altelsen u. Altpapier
zu außergewöhnlich hohen Preisen.
Emanuel Rosenkranz, Breslau 12, Schlegelstr. 51



Breslauer
Gewächshausfabrik.
Ing. Pfeiffer, G. m. b. H.
Seltengasse 7a, T. O. 1888

Holz-Verkauf.

Am Tage des schifflichen Ausgebots werden zum Verkaufe gestellt:

a) aus dem Stiftesforstreuter Kap d'arr bel. Cap. n.		
Los 1:	2 Stüd Eichen	III.-V. Alße mit 52,27 fm
2:	8 Eichen	V. 2,68
3:	4 Eichen	V. 1,20
4:	6 Eichen	III u. IV. 6,72
5:	41 Eichen	III u. IV. 8,74
6:	1 Eiche	V. 0,25
7:	6 Buchen	IV u. V. 2,20
8:	2 Eichen	III u. V. 15,01
10:	1 Eichen	III u. V. 3,70
11:	6 Eichen	III u. III. 7,28
12:	1 Eiche	III. 0,52
13:	41 Eichenböße	III u. V. 1,25
14:	48 Eichenböße	IV u. V. 2,57
15:	8 Eichenbößen	III.-V. 1,78
16:	8 Eichenbößen II.	

b) aus dem Forst Kap d'arr bel.

Los 17:	2 Stüd Eichen	IV u. V. Alße mit 6,51 fm
18:	6 Buchen	IV u. V. 2,68
19:	6 Eichen	V. 1,12
20:	2 Eichen	III u. IV. 4,41
21:	7 Buchen	III. 3,75
22:	9 Eichen	IV u. V. 8,40

Die Gebote sind ob Maaz auf's ganze Los abzugeben. Sammelangebote ausgeschlossen. Die mit eintreffender Miß schrift zu verhandelnden Gebote werden bis zum 21. März 1890 überboten, Aufschlag bleibt vorbehalten. Mißbräunlichkeit oder Abweichung stänker bei der ansehnlichen Erklärung abgeben, daß es sich den bei den betreffenden Verkaufsstellen unterstellt. Verboten wird Aufschließen (Einen gegen den Gebotgeber bezeugen werden. Die Vergütung bei nach Erstellung Aufschlages bis zum 20. April 1890 zu erfolgen, bis zu welchem Termin jeder Käufer an sein Gebot gebunden bleibt. Zusammenloß der Ganb, den 16. März 1890

Der Forstverwalter. Oberforst.

mit Marienbader Salz zur
fabrikation von Seifen
ohne Zink. Gehalt 2,50
in allen Apotheken,
Dep.: Reichardt-Apothek.

Orbsia (volkstümlich) (müdig)
frei Wagon jeder Destination in gekühlten und kleinen Mengen
zu kaufen gesucht. Angeb. je 10 Tonnen Vorratgewicht erbeten.
Karl Ernst Klemm, Breslau 8.

Jonas & Weber, Königshütte OS.
Telegraph.-Adr.: Anbaurlebedarf

Verantwortlich für den vollständigen Text: Otto Reichsmet, für den Probir stellen und den weichen Anhalt der Fertigung: Otto Herrmann, beide Breslau. Druck von W. G. Gottl. Horn in Breslau.